



THESENPAPIER

**ZUR GLOBALISIERUNG
ALS ÜBERREGIONALE
HERAUSFORDERUNG**

PROBLEME, POSITIONEN UND
PERSPEKTIVEN FÜR DIE
INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT
DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG



**GLOBALE
ORDNUNGSPOLITIK**



www.kas.de

ISBN 978-3-939826-62-0

3 | VORWORT

4 | ZUSAMMENFASSUNG

**5 | PROBLEMSKIZZE: GLOBALISIERUNG ALS
ÜBERREGIONALE HERAUSFORDERUNG**

**7 | LÖSUNGSANSATZ: SEKTORTHEMEN
ALS AUFGABENBEREICH DER
INTERNATIONALEN ZUSAMMENARBEIT**

8 | SEKTORTHEMEN IM EINZELNEN

- *Entwicklungszusammenarbeit und Demokratieförderung*
- *Globale Wirtschafts- und Sozialordnung*
- *Internationale Parlaments- und Parteienberatung*
- *Globale Sicherheit, regionale Risiken und fragile Staaten*
- *Energie, Umwelt und Ressourcen*
- *Internationaler Werte- und Religionsdialog*

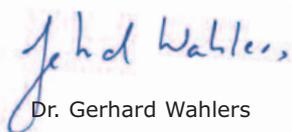
**17 | PERSPEKTIVEN EINER
„GLOBALEN ORDNUNGSPOLITIK“ IM RAHMEN
DER INTERNATIONALEN ZUSAMMENARBEIT
DER KAS**

VORWORT

Die Prozesse der Globalisierung haben sich nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes in einem unvorhersehbaren Ausmaß beschleunigt. Mit den Folgen dieser Entwicklung sehen sich alle Länder der Welt konfrontiert, und in vielen Ländern wird die Auseinandersetzung hierüber ähnlich intensiv geführt wie in Deutschland. Für die Konrad-Adenauer-Stiftung ist die Globalisierung eine unumkehrbare Tatsache, die gleichermaßen positive wie negative Folgen hat. Die Globalisierung wirkt sich weder einseitig zugunsten der Industrieländer aus, noch ist sie einseitig gegen die Entwicklungsländer gerichtet. Der Globalisierungsprozess bietet vielmehr für beide Seiten Chancen, die es zu nutzen gilt, und Risiken, denen begegnet werden muss.

Für den Umgang mit den globalen Herausforderungen können heute nicht mehr allein die Nationalstaaten als maßgebliche Akteure gelten. Neue, starke „player“ – multinationale Institutionen, Konzerne, aber auch Zivilgesellschaften – sind als Akteure von internationaler Bedeutung hinzugekommen. Auch überschatten globale Ordnungsfragen in zunehmendem Maße die nationale Politik. Dieser Bedeutungswandel spiegelt sich beispielsweise in der Zunahme von transnationalen Beziehungen, internationalen Interventionen oder der Etablierung internationaler Kooperationsstrukturen wider. Militärische Hilfsmaßnahmen und Menschenrechtstribunale zeugen darüber hinaus von einem Rechtsverständnis, welches „staatliche Souveränität“ als Grundprinzip internationaler Ordnung inzwischen punktuell in Frage stellt.

Fragen der globalen Ordnung spielen für die internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung eine gewichtige Rolle. Über die Förderung von Demokratie möchten wir die Entwicklungsländer dabei unterstützen, die Chancen des Globalisierungsprozesses zu nutzen. Besonderes Augenmerk gilt hierbei der Förderung von Parteien, die unsere politischen Grundwerte teilen. Zugleich tritt die Stiftung für eine soziale Gestaltung wirtschaftlichen Wachstums in Entwicklungs- und Schwellenländern ein, um dort sozialen Frieden und nachhaltiges Wachstum zu garantieren. Vor dem Hintergrund eines zunehmenden globalen Austausches von Werten, Ideen und sozialen Normen stellt ferner der Dialog zwischen Religionen und Kulturen ein Kernelement unseres internationalen Engagements dar. Denn dieser Dialog bildet das Fundament für die weltweite Verankerung von Demokratie und Menschenrechten.



Dr. Gerhard Wahlers
Hauptabteilungsleiter
Internationale Zusammenarbeit



Globale Ordnungspolitik

ZUSAMMENFASSUNG

- Die Globalisierung ist weder gut noch schlecht, sondern ein irreversibles Faktum. Sie ist nicht neu, sondern ein jahrhundertealter Prozess, der sich in den vergangenen Jahrzehnten stärker als je zuvor beschleunigt hat. Sie hat zu allen Zeiten zu fruchtbaren Wechselbeziehungen und damit zum Fortschritt beigetragen; es hat jedoch auf individueller und nationalstaatlicher Ebene immer Gewinner und Verlierer gegeben.
- Es gibt nicht nur globale Diskussionen über Armutsbekämpfung, Klimawandel und die negativen Folgen der wirtschaftlichen Globalisierung, sondern ebenso über Demokratie, Menschenrechte und den freiheitlichen Rechtsstaat. Auch wenn die KAS an allen diesen Diskursen beteiligt ist, ist es vor allem der Bereich der genuin politischen Themen, in dem wir an der Gestaltung künftiger Ordnungsmöglichkeiten mitwirken.
- Die Globalisierung ist weder nur westlich gesteuert, noch gegen Entwicklungsländer gerichtet. Sie generiert ständig neue Gemeinschaften: solche der Gewinner oder Verlierer, solche der Gewalt oder einseitiger Interessen, solche der Kooperation, der globalen Güter und der gemeinsamen Werte. Die Eliten in den Entwicklungs- und Schwellenländern sind aufgefordert, hierbei nach Maßgabe ihrer Möglichkeiten Mitverantwortung zu übernehmen.
- Im Zusammenhang mit Maßnahmen der allgemeinen Demokratieförderung ist die Förderung von uns nahe stehenden demokratischen Parteien der politischen Mitte ein Schwerpunkt der internationalen Zusammenarbeit der KAS. Denn eine adäquate Repräsentation gesellschaftlicher Interessen und eine aktive Partizipation der Bürger an der Gestaltung ihres Gemeinwesens sind nur durch Parteienvielfalt, Wahlfreiheit und demokratische Parteienkonkurrenz zu erreichen.
- Die erfolgreiche Verankerung von Demokratie und Menschenrechten ist nicht selbstverständlich. Dies setzt – ebenso wie erfolgreiche Entwicklungszusammenarbeit – globale Sicherheit im Sinne stabiler, vorhersehbarer Entwicklung voraus. Für die internationale Zusammenarbeit der KAS ist es von zentraler Bedeutung, an der Erarbeitung von Aktivstrategien mitzuwirken, die zur globalen Krisenprävention beitragen können.
- Ebenso wie Werteorientierung und -vermittlung kommt auch der Wertedialog nicht ohne den Rekurs auf Religionen aus. Die Auseinandersetzung über Grundwerte und der Dialog zwischen Religionen und Kulturen gehören zusammen: Sei es, dass Werte aus dem Verständnis unterschiedlicher Religionen heraus beleuchtet werden; sei es, dass der interreligiöse Dialog diese Werte selber zum Gegenstand hat.

PROBLEMSKIZZE: GLOBALISIERUNG ALS ÜBERREGIONALE HERAUSFORDERUNG

Die Suche nach neuen Analysen, Regeln und Gestaltungsmöglichkeiten einer weltumspannenden „globalen“ Ordnung hat sich in den vergangenen Jahrzehnten ständig intensiviert. Lag in den sechziger Jahren der Fokus noch primär auf der Nord-Süd-Problematik, so trat im Laufe der siebziger Jahre die Umweltproblematik fast gleichrangig daneben. Seit den achtziger Jahren wuchs die Aufmerksamkeit für die sich rapide beschleunigende Globalisierung, und nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation begann ein „Zeitalter des Globalismus“ (Karl Kaiser). Mit dem Beginn des 21. Jahrhunderts ist auch der Terrorismus global geworden, so dass sich in der gegenwärtigen Weltlage nicht nur die Gestaltungsaufgaben, sondern auch die Handlungsoptionen für die Lösung unserer globalen Probleme unter stark veränderten Rahmenbedingungen vollziehen.

Es sind heutzutage nicht mehr nur die Nationalstaaten, die als maßgebliche und in der Regel einzige Akteure für den Umgang mit globalen Problemen gelten können, sondern es gibt neue, starke „player“, und zwar vor allem auf den Ebenen der multinationalen Institutionen, der Konzerne und selbst der Zivilgesellschaften. Darüber hinaus lässt sich – unter den Bedingungen der Globalisierung – auch die traditionelle Vorstellung einer klaren Trennung von Staat und Gesellschaft, bei der dem Staat eine Art Kontrollfunktion gegenüber der Gesellschaft zukam, weniger aufrechterhalten denn je. Mit dem Globalisierungsschub seit den neunziger Jahren sind auch viele Bereiche der illegalen Wirtschaft (Drogen, Geldwäsche, Waffenhandel, Prostitution, Menschenhandel, Produktpiraterie) so stark angewachsen, dass weder Nichtregierungsorganisationen noch nationalstaatliche Institutionen diesen adäquat entgegentreten können. In fast allen Ländern der Welt überschatten globale Ordnungsprobleme die jeweils nationale Politik. Anscheinend nationale Probleme werden zunehmend überlagert oder gar geprägt von internationalen Rahmenbedingungen und den vielschichtigen Folgen der Globalisierung.

Neben den neuen Ebenen gibt es auch neue Steuerungsmöglichkeiten, neue Einflüsse, Autoritäten und „issues of global concern“. Angesichts der Vielzahl und der Stärke neuer Akteure sind die westlichen Industriestaaten nicht mehr das allein maßgebliche Zentrum der Welt. Das internationale Regelwerk verlangt nicht nur nach mehr Engagement (und mehr finanzieller Unterstützung) auf allen Seiten, es verlangt vor allem nach neuen Ideen und nach einer neuen Architektur. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung war zum Beispiel der vom früheren Generalsekretär der VN, Kofi Annan, initiierte „Global Compact“, durch den sich bereits eine Reihe multinationaler Unternehmen in eine globale Mitverantwortung haben nehmen lassen. Und schließlich stehen wir nicht mehr nur vor der Frage, ob und wie wir einen „Zusammenprall der Kulturen“ verhindern können, sondern inwiefern sich ein solcher längst vollzieht, welche Folgeprobleme er mit sich bringt und inwiefern diese noch abgemildert werden können.

Während sich der Globalisierungsbegriff zur Kennzeichnung unserer gegenwärtigen Epoche in einem umfassenden Sinn weltweit durchgesetzt hat, ja geradezu unersetzbar zu sein scheint, lässt er sich inhaltlich nur in seiner Vielschichtigkeit und seinen Verknüpfungen beschreiben. Hierzu gehören – auf der Grundlage sich rasant beschleunigender Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten – in erster Linie die weltweite Vernetzung von Märkten, Unternehmen, Staaten und Personen. Diese Vernetzungen vollziehen sich mit einer anscheinend unaufhaltsamen Dynamik und erstrecken sich vor allem auf folgende Ebenen:

- **Auf der rechtlichen Ebene** lässt sich in vielen Regionen der Welt eine Diffusion von Normen, Rechtsvorstellungen und Konventionen beobachten. Hiervon betroffen sind vor allem Vorstellungen von Demokratie und Menschenrechten, von Eigentum und Sicherheit, von Energieversorgung und Umweltschutz. Die deutliche Zunahme an militärischen Hilfsmaßnahmen, an Straftribunalen und Menschenrechtsgerichtshöfen zeugt von einem Rechtsverständnis, das in zuneh-

memdem Maße der Unantastbarkeit staatlicher Souveränität nicht mehr unangefochten Priorität einräumt.

■ **Auf der wirtschaftlichen Ebene** beobachten wir vor allem die zunehmende Internationalisierung von Märkten und den damit einhergehenden Wettbewerb. Dieser findet nicht nur zwischen Unternehmen und Produktionsformen, sondern auch zwischen Standorten, Lohn- und Sozialstandards statt. Die Netzwerke der Weltwirtschaft haben die Beziehungen zwischen Gewinnern und Verlierern der Globalisierung einem ständigen Wandel unterworfen.

■ Ergänzend hierzu haben sich **auf der politischen und wirtschaftspolitischen Ebene** Maßnahmen der Deregulierung, der Liberalisierung und der Privatisierung als Schrittmacher der Marktentwicklung herauskristallisiert. Entsprechend aufgewertet wurde die Bedeutung internationaler Finanzinstitutionen und multilateraler Agenturen (speziell der Weltbank und der VN-Organisationen).

■ **Auf den Ebenen von Umwelt, Klima und Ressourcen** wird die Prädominanz globaler Zusammenhänge besonders deutlich. Vielfache Umweltzerstörung, Wasserknappheit, Klimawandel, die Suche nach Ressourcensicherheit und Energieeffizienz sowie all die sich daraus ergebenden Folgeprobleme verlangen nach neuen globalen Lösungen.

■ **Auf der kulturellen Ebene** beobachten wir den globalen Austausch von Werten, Ideen und sozialen Normen. Zwar kann dies auf der einen Seite als eine Entwicklung in Richtung auf eine „Weltkultur“ gedeutet werden, auf der anderen Seite führt dies aber auch zu einer verschärften Akzentuierung regionaler Differenzen bis hin zu neuer, gewaltsamer Abgrenzung zwischen Religionen, Ethnien und Sprachen. Der Mensch des 21. Jahrhunderts muss sich zwischen globalen und lokalen Werten arrangieren (Stichwort: „glocalism“) und sich seiner multiplen Identitäten bewusst sein.

Zur Arbeit an neuen Lösungsmöglichkeiten für die Probleme, die sich auf diesen verschiedenen Ebenen ergeben, werden unterschiedliche Konzepte diskutiert. Schlüsselbegriffe sind hierbei: „good governance“, „global governance“ und „global public goods“. Konzepte von „good governance“ werden inzwischen in allen Ländern der Welt diskutiert und als normative Messlatte für die jeweilige nationale Regierungsführung benutzt. Diese unterstützen zugleich Forderungen nach einem verantwortungsvollen Umgang mit finanziellen Ressourcen, mit der Natur und mit den Möglichkeiten friedlicher Konfliktregulierung. Sie bieten darüber hinaus einen umfassenden und konstruktiven

Leitfaden für die gesamte internationale Zusammenarbeit. Sie stärken schließlich den internationalen Kampf gegen Korruption und legitimieren das Engagement für Minderheiten und für die Menschenrechte.

In gleicher Weise werden unter dem Begriff „global governance“ weltweit ordnungspolitische Konzepte im Sinne von regulativen Ideen für eine künftige Weltordnungspolitik diskutiert, die versuchen, gleichzeitig den Interessen und Perspektiven unterschiedlicher Akteure gerecht zu werden sowie auf unterschiedlichen Ebenen und sowohl mit formellen als auch mit informellen Steuerungsmöglichkeiten zu operieren. Als Beispiele zu nennen sind hier die Weltkommissionen wie die Brundtland-Kommission, die „Commission on Global Governance“ und die ungezählten Enquête-Kommissionen in fast allen demokratischen Staaten sowie die Weltkonferenzen der neunziger Jahre, die allesamt das Ziel verfolgt haben, im Sinne einer neuen Weltinnenpolitik normative Grundlagen für globale Verantwortung zu generieren.

Hilfreich ist in diesem Zusammenhang auch der Begriff der „global public goods“, mit dem heute solche Güter und Werte bezeichnet werden, deren Bedeutung über nationale Grenzen hinaus geht und die für alle Menschen zugänglich sein sollten. Hierzu gehören vor allem: globaler Friede und Sicherheit; weltweite Rechtsstandards und kooperierende Justizsysteme; faire internationale Handelsbedingungen, die auch die Interessen der ärmeren Länder berücksichtigen; Stabilität auf den Weltfinanzmärkten; sowie eine intakte Umwelt; überregionale Gesundheitsstandards, Schutz vor Seuchen und Epidemien.

Jahr für Jahr wächst weltweit die Zahl der staatlichen und nicht-staatlichen Organisationen, die sich mit großem Engagement für die Erreichung dieser Ziele einsetzen. In ihrer Suche nach Partnern und Verbündeten machen sie deutlich, dass ein solches Engagement nur grenzüberschreitend möglich ist, und zwar nicht nur über nationale Grenzen hinweg, sondern auch über solche der Religion, der Sprache und der kulturellen Unterschiede. Tag für Tag entstehen so neue Koalitionen von staatlichen und nicht-staatlichen Organisationen, von Parteien, Verbänden und Kirchen, die mit dem Ziel, praktische Lösungen für akute globale Probleme zu finden, zusammenarbeiten wollen. Sie nivellieren damit immer mehr die gewohnten Unterscheidungen zwischen Staaten und Regionen, zwischen Zivilisationen und Religionen, zwischen Nord und Süd. Die Organisationen der internationalen Zusammenarbeit werden in den kommenden Jahren neue Antworten und Lösungswege finden müssen, um die Suche nach neuen globalen Partnerschaften konstruktiv zu begleiten.

LÖSUNGSANSATZ: SEKTORTHEMEN ALS AUFGABENBEREICH DER INTERNATIONALEN ZUSAMMENARBEIT

Die internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung ist in vielfacher Hinsicht mit den Folgen der Globalisierung konfrontiert. Dies betrifft das internationale Regelwerk, ökonomische, soziale und ökologische Probleme sowie Fragen der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik. Für sämtliche unserer Projekte ist die Globalisierung eine unausweichliche und unrevidierbare Realität, die sich nicht nur auf die Problemebene bezieht, sondern auch der Arbeit an Lösungsmöglichkeiten eine Richtung vorgibt. Vor diesem Hintergrund besteht eine der größten Herausforderungen der westlichen Industriestaaten im allgemeinen und der Konrad-Adenauer-Stiftung im besonderen darin, zur Gestaltung der Rahmenbedingungen beizutragen, unter denen demokratischen Rechtsprinzipien, politischen Grundwerten und Ordnungsvorstellungen, die universell anwendbar sind, sowie Verfahrensregeln, die sich bewährt haben, und „best practice“-Modellen weltweit eine größere Anerkennung zukommt.

Für die internationale Zusammenarbeit der KAS hat das Projekt „Globale Ordnungspolitik“ hierbei eine Schlüsselfunktion. Dies betrifft in erster Linie das breite Aufgabenfeld der Demokratieförderung, zu dem die meisten Projekte der Entwicklungszusammenarbeit (EZ), die Parlaments- und Parteienberatung sowie Fragen der globalen Sicherheit gezählt werden können. Ferner geht es um soziale und ökonomische Ordnungsrahmen, Fragen des internationalen Werte- und Religionsdialogs sowie um die Themen Energieversorgung und Ressourcensicherheit. Neben diesen Themen, denen ein starker und unmittelbarer Bezug zu den Projektmaßnahmen der internationalen Zusammenarbeit zukommt, gibt es auch solche, die es lediglich zu beobachten gilt (Gesundheit, AIDS, schulische Bildung) oder die einen Querschnittscharakter haben (Frauenförderung, Umweltprobleme).

Nur durch eine intensive Auseinandersetzung mit den genannten Themen können wir glaubwürdig an den Zielen der Demokratieförderung, der Verbesserung

des Rechtsstaates und der Medienfreiheit sowie der Armutsbekämpfung festhalten. Gleichzeitig suchen wir nach neuen Wegen, um die Eigenverantwortung der Menschen in den Entwicklungsländern zu stärken, und wir setzen uns dafür ein, dass auch die Vielfalt der Kulturen Anerkennung findet und dass den Ursachen von Migration und „Braindrain“ weltweit entgegengearbeitet wird. Um diese Ziele zu erreichen, sind Dialogforen ein notwendiges und im Rahmen unserer Arbeit bevorzugtes Medium. Dies gilt besonders für regionale und multilaterale Projekte, die sich in Zukunft weniger denn je an den Grenzen des Nationalstaates orientieren können. Wir benötigen immer häufiger Lösungsmodelle, die nicht nur Länder und Regionen, sondern Kontinente übergreifend und somit letztlich global und sektorspezifisch konzipiert sind. Deshalb müssen wir die Verantwortung anerkennen, die darin besteht, von den Sonderinteressen einzelner Staaten zu abstrahieren. Konzepte von „global governance“ haben naturgemäß nie nur Geltung für ein Land, und unsere Erfahrungen mit deren Umsetzung – seien sie positiv oder negativ – haben immer auch Aussagekraft für andere Staaten.

Für die Zukunft der internationalen Entwicklungszusammenarbeit der KAS (insbesondere in Krisengebieten wie Afghanistan) wird sehr viel davon abhängen, inwiefern es uns gelingt, die Globalisierung aus der pauschalen Verantwortung für die Armutsentwicklung zu lösen. Es ist nicht zu bestreiten, dass in vielen Entwicklungsländern die unausweichliche Einbeziehung in den Prozess der wirtschaftlichen Globalisierung zunächst eine Verschärfung des Armutsproblems mit sich bringt. Es gibt aber auch Gewinner, nämlich diejenigen Staaten, die sich schrittweise in die marktwirtschaftlich organisierte weltwirtschaftliche Arbeitsteilung und den internationalen Handel integrieren. Die Kehrseite dieser Medaille liegt in der gewachsenen Notwendigkeit, viele der Entwicklungsländer nicht nur in ihrer Mitverantwortung, sondern letztlich auch in ihrer Eigenverantwortung zu stärken. Vor dem Hintergrund dieser Zielperspektiven sind vor allem die folgenden Themenschwerpunkte hervorzuheben.

SEKTORTHEMEN IM EINZELNEN

ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT UND DEMOKRATIEFÖRDERUNG

Die Teilhabe an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen ist nicht nur eine unverzichtbare Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung und das friedliche Zusammenleben der Völker. Politische und gesellschaftliche Teilnahme ist auch Voraussetzung für die erfolgreiche Nutzung von Chancen, die die Globalisierung eröffnet.

Die aktuelle Situation zeigt zwar, dass auch in autoritären Staaten wirtschaftliche Entwicklung möglich ist und dass die formal so entscheidende Demokratie auch Entwicklungsprozesse hemmen kann, wenn sie verantwortungslos und opportunistisch ausgeübt wird (Neopopulismus). Der soziale und wirtschaftliche Erfolg demokratischer Systeme in den OECD-Ländern, der wirtschaftliche Aufschwung demokratisch ausgerichteter Schwellenländer wie zum Beispiel Indien, aber auch Fortschritte in Entwicklungsländern wie Botswana zeigen jedoch, dass Entwicklung, die langfristig der gesamten Bevölkerung zugute kommt, nur in stabilen demokratischen Systemen möglich ist. Vor diesem Hintergrund halten wir Demokratieförderung für ein Oberziel der Entwicklungszusammenarbeit.

Gleichzeitig muss sich die KAS im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit mit neuen internationalen Tendenzen, Methoden und Instrumenten auseinandersetzen. Hierzu gehören vor allem die multilaterale (in Abgrenzung zur bilateralen) Zusammenarbeit, die Budget- und Korbfinanzierungen (als Ergebnis des G8-Gipfels in Gleneagles 2005) und die Geberharmonisierung (entsprechend der UN-Konferenz in Monterrey 2002 und der Paris-Deklaration von 2005). Im Hinblick auf diese neuen Herausforderungen spielen Demokratieförderung und Werteorientierung eine besonders wichtige Rolle, denn die neuen entwicklungspolitischen Strategien zielen – zumindest im Prinzip – auf mehr Eigenverantwortung der Partner ab. Wenn die Partner der Entwicklungszusammenarbeit – Partnerorganisationen, -parteien und gegebenenfalls auch -regierungen – nicht eigenverantwortlich nach demokratischen Prinzipien handeln und nicht den gleichen



Vertreterinnen von Partnerorganisationen aus Guinea und Mali bei einem internationalen Workshop der KAS Dakar zur Verbesserung der Bildungssituation von Mädchen und jungen Frauen in Afrika, Gorée im April 2007.

universellen Grundwerten verpflichtet sind, fördern die neuen entwicklungspolitischen Strategien nicht Entwicklung, sondern hemmen diese. Dies kann zur Lähmung der eigenen Produktivität und der Eigeninitiative der Bürger führen, zu Missbrauch der Macht und zur Finanzierung von Umwelt schädigenden Großprojekten, welche die Tendenz zur zentralen Planung und Bürokratisierung verstärken.

Die entscheidende Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung von Budget- und Korbfinanzierungen, von multilateraler Zusammenarbeit und für eine Koordination der Geber ist „good governance“. Hierfür muss das staatliche Steuerungs- und Entscheidungssystem fest in den Prinzipien der Transparenz, Effizienz, Partizipation, Verantwortlichkeit, Marktwirtschaft, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie verankert sein. Zwar verfügt die KAS im Bereich der Förderung von „guter Regierungsführung“ über Jahrzehnte lange Erfahrung; wir müssen aber unsere Arbeit den neuen entwicklungspolitischen Kontroversen und Rahmenbedingungen immer wieder anpassen, um unsere Partner zu einer wirkungsvollen Nutzung dieser neuen Instrumente zu befähigen.

Hierfür setzen wir uns intensiv und kontinuierlich mit diesen neuen Rahmenbedingungen und Grundsatzthe-

men auseinander. Aktuell herausragend ist vor allem die Kontroverse um eine bessere Abgrenzung zwischen quantitativer und qualitativer Entwicklungszusammenarbeit. Während beispielsweise Jeffrey Sachs die These vertritt, dass allein durch die Erhöhung der Entwicklungsgelder mehr Entwicklung erreicht werden kann („viel hilft viel“), argumentieren neuere Studien von William Easterly und James Shikwati, dass bei steigendem finanziellen Input nicht davon ausgegangen werden kann, dass gleichzeitig auch der entwicklungspolitische Ertrag zunimmt. Sie halten es sogar für möglich, dass ab einem gewissen ODA-Niveau (official development assistance) die Vergabe von Geldern Schaden anrichten und Entwicklung hemmen kann. Hier ist es unser Ziel, die Position der qualitativen EZ zu festigen und den Stellenwert der politischen und technischen Zusammenarbeit in der Debatte zu stärken.

Ein anderes, wichtiges Thema ist das Prinzip der Eigenverantwortung („ownership“), das in seiner ganzen Tragweite bisher nicht immer konsequent umgesetzt worden ist. Hier besteht die Option, sich in Zukunft noch wesentlich stärker auf die Mitverantwortung von anerkannten und respektierten Eliten in den EZ-Ländern zu stützen. Es muss in Rechnung gestellt werden, dass auch die „Poverty Reduction Strategy Papers“ (PRSP) auf Initiative der Geber erstellt werden. Vor dem Hintergrund der zunehmenden multilateralen Maßnahmen ist die Frage der Effizienz und Zielerreichung im Hinblick auf die Eigenverantwortung für das Erreichen konkreter Ziele nicht eindeutig definiert. In multilateralen Programmen ist die Verantwortung für die Erreichung der Ziele „multilateral“ verteilt, während bilaterale Maßnahmen es besser ermöglichen, Verantwortlichkeiten klar zu definieren, Projekte maßgeschneidert zu planen und umzusetzen. Eng hiermit zusammen hängt die Debatte über Nachhaltigkeit und die Schaffung der richtigen Anreize. Teil der Diskussion ist ferner die Schwerpunktsetzung nach Sektoren und Ländern sowie auch die Geberharmonisierung und -spezialisierung. Debattiert wird also, welche Länder und welche Partner von welchen Durchführungsorganisationen oder Gebern unterstützt werden sollten und welche nicht.

Globale und entwicklungspolitische Herausforderungen und Chancen müssen im Dialog herausgearbeitet und kritisch bewertet werden. Wir beteiligen uns an diesen entwicklungspolitischen Grundsatzdebatten und erarbeiten innovative Strategien und Instrumente, um unsere Arbeit vor Ort entsprechend den genannten Herausforderungen wirkungsorientiert auszurichten. Dabei nehmen die sich beschleunigenden globalen Veränderungen eine zentrale Stellung ein. Sicherheitsrisiken, neue Formen von Konflikten, Mi-

gration, Staatszerfall, Klimawandel, das Auftreten neuer internationaler Akteure sowie der Wandel sowohl von geostrategischen Interessen als auch der von den Bretton Woods-Institutionen anerkannten Prinzipien stellen sich ständig verändernde Herausforderungen für die Förderung von Demokratie und Entwicklung dar. Aktuell stellen sich folgende Fragen mit Dringlichkeit: Welchen Nutzen und welche Wirkung hat Konditionierung heute im Kontext neuer aufstrebender Akteure? Wie müssen sich militärische und entwicklungspolitische Zusammenarbeit ergänzen?

In den meisten dieser Diskussionen sind wir gefordert, im Interesse unserer Partner Position zu beziehen. Auch unsere eigenen, deutschen Interessen müssen analysiert werden, um gemeinsam mit unseren Partnern Lösungen zu finden, die im beiderseitigen Interesse liegen (win-win-Situation). Die Frage ist, inwiefern sich die Interessen und Interventionen der verschiedenen Akteure (OECD-Länder, Entwicklungsländer und Schwellenländer) konstruktiv ergänzen können. Die Stiftung will dazu beitragen, neue Antworten und Lösungswege für den Umgang mit globalen und entwicklungspolitischen Veränderungen zu finden.

GLOBALE WIRTSCHAFTS- UND SOZIALORDNUNG

Der mit hoher Geschwindigkeit voranschreitende Prozess der Globalisierung bezieht immer mehr Länder in die zunehmend global vernetzte Wirtschaftsentwicklung mit ein. Er bewirkt dabei nicht nur eine gesteigerte Interdependenz der wirtschaftlichen Beziehungen, sondern auch ein verstärktes Interagieren von Institutionen und Einzelpersonen im politischen, sozialen und kulturellen Bereich. Aus Sicht der Konrad-Adenauer-Stiftung ist dieser Prozess an sich als weder gut noch schlecht zu bewerten. Entscheidend ist vielmehr die politische Gestaltung dieser Entwicklungen, die das Ergebnis ökonomischer Freiheit und zunehmender politischer Vernetzung, technischen Fortschritts, offener Märkte und globaler Zusammenarbeit ist.

Spielte sich der Globalisierungsprozess bis vor wenigen Jahren noch primär zwischen den wichtigsten industrialisierten Akteuren der Weltwirtschaft ab, so sind inzwischen auch die Schwellen- und Entwicklungsländer von einer Vielzahl verschiedenartiger Folgen der internationalen Vernetzung betroffen. Am Übergang zur „dritten Welle der Globalisierung“ steht fest, dass aufstrebende Schwellenländer wie vor allem China, Indien und Brasilien nun einen erheblichen Einfluss auf den weiteren Prozess der Globalisierung ausüben werden.



G8-Gipfeltreffen unter deutschem Vorsitz, Heiligendamm im Juni 2007.

Fragen der Wirtschaftsordnung sowie der Sozial- und Umweltpolitik stellen sich in diesen Staaten aufgrund des raschen wirtschaftlichen Wachstums ungleich dringlicher. Entscheidende Herausforderungen der Globalisierung, mit denen die westlichen Industriestaaten ebenfalls in aller Konsequenz konfrontiert sind, werden sich in den nächsten Jahrzehnten vor allem in den Entwicklungs- und Schwellenländern zeigen. Hinsichtlich ihres Einflusses auf die Entwicklung des Globalisierungsprozesses haben die Schwellenländer die traditionellen Akteure einer globalen Wirtschafts- und Ordnungspolitik in manchen Teilbereichen sogar schon überrundet. Ihr Anteil an ökologischen und sozialen Problemen mit globaler Auswirkung sowie ihre Bedeutung für eine regionale politische und sicherheitspolitische Stabilität hat zugenommen. Dabei spielen auch die unterschiedlichen demographischen Entwicklungen in den jeweiligen Staaten-gruppen eine wichtige Rolle.

Mit dem wirtschaftlichen Bedeutungszuwachs der Schwellenländer wird zukünftig auch ein verstärktes Sicheinbringen dieser Akteure in die politischen Gestaltungsprozesse der Globalisierung einhergehen. Die Mitsprache der aufstrebenden Schwellenländer in internationalen Gremien und Foren ist erheblich angewachsen, in den Systemen der „global governance“ treten die betreffenden Staaten mit zunehmendem Selbstbewusstsein auf. Viele dieser Staaten spielen auch eine wichtige Rolle als überregionale Wirtschaftsmächte und politische Gravitationszentren, deren Innenpolitik die Weltpolitik beeinflussen kann. In den kommenden Jahrzehnten wird sich diese Entwicklung nicht nur fortsetzen, sondern auch in ihren Auswirkungen auf die westliche Welt deutlicher als bisher abzeichnen. Problemstellungen einer globalen Ordnung können nur gemeinsam von den wichtigsten Akteuren des Globalisierungsprozesses auf einer multilateralen Ebene angegangen und gelöst werden. Insbesondere trifft dies auf Fragestellungen der internationalen Wirtschaftsbeziehungen und des Handels, auf Sozialfragen, Energie- und Umweltprobleme sowie Herausforderungen der internationalen Sicherheitspolitik zu. In diesem Kontext kann auch die Einbeziehung Chinas und Indiens in die Entwicklungszusam-

menarbeit wichtig sein. Diese Tendenzen will die KAS nicht nur beobachten und verstärkt thematisieren, sondern – soweit möglich – auch mitgestalten.

Vor allem im Zusammenhang mit den Problemstellungen einer Gestaltung der globalen Wirtschaftsbeziehungen ist die Rolle internationaler Organisationen wie der WTO, des IWF, der ILO oder der OECD als Foren eines solchen multilateralen Dialogs von großer Bedeutung. Fragen der Reform wichtiger Organisationen wie des IWF und der Weltbank sowie der erfolgreiche Abschluss der WTO-Verhandlungen der Doha-Runde erfordern vor dem aufgezeigten Hintergrund dringend eine Lösung.

Informelle Zusammenschlüsse und Dialogplattformen – wie nicht zuletzt die G8 – werden im Zuge der internationalen Vernetzung an Bedeutung gewinnen und dies in dem Maße verstärkt, wie die traditionellen Institutionen einer „global governance“ sich als immer weniger handlungsfähig erweisen. Sowohl informelle Gremien als auch formelle internationale Organisationen stellen wichtige Strukturelemente dar, um eine globale Ordnungspolitik – auf der Grundlage nationalstaatlicher Entscheidungen – inhaltlich ausgestalten und institutionell stützen zu können.

Die Frage, wie sich vor allem die aufstrebenden Schwellenländer konkret an der Gestaltung der politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen für die Weltwirtschaft beteiligen wollen und können, ist dabei von herausragender Bedeutung: Auf welche Weise und über welches Instrument sollten gemeinsame Interessen artikuliert und konstruktiv mit einem multilateralen Ansatz verfolgt werden? Auch die Anpassung der traditionellen internationalen Organisationen an neue globale Akteurskonstellationen wird eine für die Zukunft wichtige Aufgabe darstellen. Die Architektur eines international zu gestaltenden, tragfähigen und handlungsfähigen Regelwerks muss die an Bedeutung und Einfluss gewinnenden Staaten verstärkt und konstruktiv mit einbeziehen. Ein gezielter Dialog mit einzelnen dieser Schwellenländer, in denen

die KAS seit Jahrzehnten mit Länderprogrammen präsent und vernetzt ist, gewinnt an Bedeutung, insofern er auf eine gemeinsame multilaterale Verständigung im Hinblick auf die Lösung globaler Fragen der Wirtschafts- und Sozialordnung hinarbeitet.

Vor diesem Hintergrund erscheint auch die Notwendigkeit einer sozialen Gestaltung des rasanten wirtschaftlichen Wachstumsprozesses in den Entwicklungs- und Schwellenländern von großer Bedeutung; für diese Länder und ihren sozialen Frieden selbst, aber auch für die übrigen Staaten im globalen System, die von negativen Entwicklungen in den jeweiligen Ländern unmittelbar betroffen wären. In diesem Zusammenhang wird die KAS ihr internationales Engagement im ordnungspolitischen Dialog zur Sozialen Marktwirtschaft verstärken. Die KAS handelt dabei aus der Überzeugung heraus, dass Elemente dieses ordnungspolitischen Konzepts einen entscheidenden Beitrag zum nachhaltigen Wachstum in einer Vielzahl wirtschaftlich aufstrebender Staaten liefern können.

Eine international organisierte soziale Ordnungspolitik muss – auch in Anbetracht der Reformbedürftigkeit der zugehörigen internationalen Organisationen – als in naher Zukunft nicht umsetzbar eingestuft werden. Umso wichtiger ist ein verstärktes Engagement zur Sensibilisierung der dominierenden Akteure unter den Schwellenländern dahingehend, dass es einer ökologischen und sozialen Abfederung und Begleitung ihres wirtschaftlichen Wachstums bedarf. Auf diesem Weg kann die KAS in Fortführung und Verstärkung ihres bereits über Jahrzehnte praktizierten internationalen ordnungspolitischen Engagements zum Thema Soziale Marktwirtschaft und mit ihrer besonderen Expertise auf diesem Gebiet einen spezifischen Beitrag zum internationalen Dialog über Fragen der Wirtschafts- und Sozialordnung leisten.

INTERNATIONALE PARLAMENTS- UND PARTEIENBERATUNG

Demokratie und politische Parteien sind untrennbar miteinander verbunden. In normativer Hinsicht kommen auf demokratische Parteien in Transformationsgesellschaften Aufgaben zu, die sie auch in etablierten Demokratien ausüben sollen: Demnach sind sie erstens Partizipations- und Artikulationskanäle, in denen Bürgerinnen und Bürger aktiv an der Gestaltung ihrer sozialen und politischen Umwelt mitwirken können, vorausgesetzt, grundlegende politische Freiheitsrechte wie Meinungs- und Versammlungsfreiheit sind konstitutionell verankert und vor allem effektiv wahrnehmbar. Zweitens vermitteln Parteien Werte. Sie sind daher Orte der politischen Sozialisation und der

gelebten Demokratie, vorausgesetzt, die innerparteilichen Entscheidungen werden nach demokratischen Grundsätzen getroffen. Drittens konkurrieren Parteien auf der Grundlage von Wahlprogrammen um die Unterstützung von Wählern. Sie bieten politische Alternativen an, von denen in Abhängigkeit ihres Wahlerfolgs zumindest ein Teil gesamtgesellschaftliche Verbindlichkeit erlangt, wenn ihre Lösungsvorschläge zu Gesetzen werden. Schließlich stellen Parteien in den meisten Fällen auch die politischen Kandidaten, die im Falle ihrer Wahl zentrale Positionen in Legislative, Exekutive und auch der öffentlichen Verwaltung bekleiden. Parteien nehmen daher eine wichtige Brückenfunktion zwischen Zivilgesellschaft und den Institutionen eines demokratischen Staates wahr.

Im Zusammenhang mit Maßnahmen der allgemeinen Demokratieförderung ist die Förderung von demokratischen Parteien ein Schwerpunkt der internationalen Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung. Wir sind davon überzeugt, dass eine adäquate Repräsentation gesellschaftlicher Interessen und eine aktive Partizipation der Bürger an der Gestaltung ihres Gemeinwesens nur durch Parteienvielfalt, Wahlfreiheit und demokratische Parteienkonkurrenz zu erreichen sind. Andererseits kooperieren wir aber keineswegs mit jeder Partei und nicht um jeden Preis. Die KAS



Delegierte der 4. „International Conference of Asian Political Parties“, Seoul im September 2006. Für die Gründung der ICAPP hatte die KAS zusammen mit der Hanns-Seidel-Stiftung die „Patenschaft“ übernommen.

ist eine politische Stiftung mit einem unverrückbaren Bekenntnis zur rechtsstaatlichen Demokratie, zu Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Unsere Grundwerte möchten wir auch bei den Kooperationspartnern wiederfinden – und bei erkennbaren Ansätzen fördern.

Dieser wertorientierte Ansatz der Parteienzusammenarbeit, der zu den Stärken der internationalen Zusammenarbeit der KAS zählt, zielt nicht darauf ab, alle Institutionen und Verfahren, die in den westlichen

Demokratien über Jahre gewachsen sind, in die Partnerländer zu übertragen. Aber er vermittelt Werte, und somit nimmt er (im Rahmen der Förderrichtlinien) Einfluss auf die Politik in den Partnerländern. Die Partner von heute können morgen schon Entscheidungsträger sein, die dann – ausgestattet mit Exekutivmacht – in ihren Ländern gesamtgesellschaftlich verbindliche Beschlüsse oder auch Entscheidungen treffen, die die internationale Staatengemeinschaft betreffen. Das erfordert höchste Sorgfalt bei der Auswahl der Kooperationspartner.

Der werteorientierte Ansatz erlaubt es uns, auf einer gemeinsamen Grundlage langfristige Partnerschaftsbeziehungen aufzubauen, auch wenn wir dabei ein ums andere Mal nicht auf der Seite der momentanen Wahlsieger stehen. Wertevermittlung sowie die Programm- und Organisationsberatung von uns nahe stehenden Parteien hat jedoch zur Herausbildung von Verlässlichkeit, Vertrauen, Glaubwürdigkeit und stabilen Beziehungen zu unseren Partnern geführt. Dies stellt nach Ansicht fast aller unserer Partner gegenüber dem so genannten multi-party-Ansatz von „Catch All“-Förderern einen entscheidenden komparativen Vorteil dar.

Die Arbeit der KAS in diesem Kontext erstreckt sich vor allem auf zwei Bereiche. Erstens geht es um den Themenbereich Parteiendemokratie und demokratische Parteistrukturen. Inhaltlich gehören hierzu die Vermittlung von Grundlagen der Parteiendemokratie, Aufgaben politischer Parteien, Aufbau demokratischer

Parteistrukturen, Programmentwicklung, politische Kommunikation und Wähleransprache. Ein zweiter Themenbereich betrifft das Verhältnis von Parteien und Parlamentarismus. Inhaltlich gehören hierzu die Grundlagen der repräsentativen Demokratie, Aufbau und Arbeit eines demokratischen Parlaments und die Aufgaben von Abgeordneten. Dieser Bereich wird nach verschiedenen Regierungssystemen differenziert, da sich die Aufgaben von Abgeordneten in parlamentarischen Regierungssystemen von denen in präsidentiellen Systemen unterscheiden.

GLOBALE SICHERHEIT, REGIONALE RISIKEN UND FRAGILE STAATEN

Die erfolgreiche Verankerung der Demokratie ist nicht selbstverständlich. Sowohl ihr Wertefundament als auch die materiellen wie institutionellen Konsolidierungsvoraussetzungen sind auf allen Kontinenten gefährdet. Während von einigen Risiken ein globales Bedrohungspotential ausgeht, zum Beispiel vom Klimawandel, sind andere (noch) regional begrenzt und stellen zunächst für die betroffenen Länder sowie für Organisationen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit eine besondere Herausforderung dar. Nicht auszuschließen ist jedoch, dass von den gegenwärtig noch regional begrenzten Krisenherden eine globale Bedrohung ausgeht. Risikoanalysen betonen stets die hohe Interdependenz der Sicherheitsrisiken, zum Beispiel zwischen der Abhängigkeit westlicher Industriestaaten von knapper werdenden Ressourcen wie Öl und Gas, der Gefahr von Terroranschlägen auf Produktionsstätten, Pipelines und andere Transportmittel, die zu einem Anstieg der Preise führen würden,

Einsatz in Afghanistan: Ein Soldat des deutschen ISAF-Kontingents in Mazar-e-Sharif.



wodurch wiederum die Volkswirtschaften der Industriestaaten und damit die gesamte Weltwirtschaft in Mitleidenschaft gezogen werden.

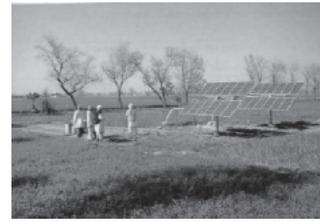
Aufgrund ihrer akuten Bedrohungspotentiale sowie ihrer teilweisen Irreversibilität gelten als größte globale Sicherheitsrisiken der Gegenwart:

- die Anfälligkeit der internationalen Wirtschaft, der Güter- und Finanzmärkte/-ströme gegenüber (nationalen) Störungen und Krisen (wirtschaftlich wie staatlich durch Staats- oder Institutionenversagen oder gar Staatsverfall);
- der Klimawandel und seine Folgen wie Erderwärmung, sinkende Frischwasservorräte, Migration oder Bioinvasoren;
- die Energieversorgung und Ressourcensicherung;
- der internationale Terrorismus und Fundamentalismus als Reaktion auf Globalisierung und Staatsversagen;
- neue Kriege und Bürgerkriege;
- politische Instabilität und fragile Staaten.

Die erfolgreiche Entwicklung oder gar die Konsolidierung der Demokratie setzen – ebenso wie erfolgreiche Entwicklungszusammenarbeit – Sicherheit im Sinne stabiler, vorhersehbarer Entwicklung voraus. Umgekehrt ist auch Sicherheit nicht ohne Entwicklung möglich. Es ist für die internationale Zusammenarbeit der KAS von großer Bedeutung, die Themenbereiche globale Sicherheit und Sicherheitsrisiken konzeptionell weiterzuentwickeln. Das schließt die Identifizierung von „high priority“-Risiken (mit der größten Kombination aus Bedrohungs- oder Zerstörungspotential und Irreversibilität) ebenso ein wie die Initiierung von Maßnahmen, auf denen Sicherheitsrisiken und mögliche Aktivitäten der KAS erörtert werden. Dabei liegt vielen unserer Projekte jedoch die Annahme zugrunde, dass politische Sicherheit nicht nur mechanisch verstanden werden darf, sondern auf der Anerkennung und Durchsetzung von Grundwerten basiert. In diesem Sinne bedeutet Freiheit für uns nicht lediglich die Freiheit von Risiken, sondern auch die Fähigkeit, die Möglichkeit und die Chance, Risiken zu kontrollieren.

ENERGIE, UMWELT UND RESSOURCEN

Die Versorgung mit Ressourcen spielt eine zentrale Rolle sowohl für das Überleben vieler Menschen in den Entwicklungs- und Schwellenländern als auch für die Aufrechterhaltung des Lebensstandards in Deutschland und Europa. Die Sicherung von Rohstoffen und Transitwegen ist von strategischer Bedeutung. Aufgrund des transnationalen Charakters der Ressourcensicherung ist die entsprechende Versorgung nicht mehr nur ein Thema der Wirtschafts- und Umweltpolitik, sondern erhält zunehmend eine außen-



Dass Entwicklungs- und Schwellenländer das Potenzial erneuerbarer Energien erkannt haben und dieses zunehmend auszuschöpfen wollen, verdeutlichten Experten aus Indien, Brasilien und dem Senegal bei einer Konferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung und des New Yorker EastWest Institutes, Brüssel im Februar 2007.

sicherheits- und entwicklungspolitische Dimension. Dass Energiefragen in den vergangenen Jahren eine größere Bedeutung gewonnen haben, hat vor allem mit der Gefährdung der Versorgungssicherheit zu tun. Diese hat mehrere Ursachen:

- die eigenen Öl- und Gasvorkommen der europäischen Staaten werden in den nächsten Jahren erschöpft sein;
- ein Großteil der weltweiten Rohstoffvorräte liegt in politisch instabilen Regionen;
- die Transitwege verlaufen ebenfalls durch politisch instabile Regionen;
- die politische Zuverlässigkeit der Rohstoff-Lieferanten erscheint langfristig fraglich;
- wichtige Rohstoff-Lieferanten stehen westlichen Werten grundsätzlich reserviert oder sogar ablehnend gegenüber.

Weitere Ursachen für die Verknappung von Ressourcen liegen sowohl im weltweiten Bevölkerungswachstum als auch im Wirtschaftswachstum, die beide zu einer Steigerung der globalen Nachfrage nach Ressourcen beitragen. Der wachsende Energie- und Ressourcenbedarf der aufstrebenden Volkswirtschaften, allen voran der beiden bevölkerungsreichsten Staaten der Erde, China und Indien, ist eine Herausforderung nicht nur für die westliche Welt, sondern für die gesamte Staatengemeinschaft. Auf der einen Seite wird die neue Nachfrage die bisherige globale Verteilung von Rohstoffen verändern und damit das Risiko von Verteilungskonflikten erhöhen. Auf der anderen Seite führt die wachsende Nachfrage nach Rohstoffen zu einem steigenden Verbrauch und damit zu höherer Umweltverschmutzung. Global betrachtet, stellt vor allem der zunehmende Ausstoß von CO₂ eine ernste Gefahr für das Erdklima dar.

Die weltweite Klimaerwärmung stellt die Grundlagen des menschlichen Lebens, nämlich den Zugang zu Trinkwasser, die Lebensmittelproduktion, Gesundheit und Umwelt, in Frage. Eine Verschiebung von Klimazonen und extreme Wetterereignisse wie Stürme, Überschwemmungen und Dürren werden erhebliche

wirtschaftliche und soziale Auswirkungen für ganze Regionen haben. Falls keine geeigneten Maßnahmen zur Drosselung der Treibhausgase ergriffen werden, rechnet der Chefökonom der britischen Regierung, Sir Nicolas Stern, damit, dass die durch Klimaschäden bedingten Kosten in Zukunft bis zu 20 Prozent des jährlichen globalen BIP betragen werden. Dabei werden arme Länder am stärksten von extremen Wetterereignissen betroffen sein und sich gleichzeitig am wenigsten selbst helfen können.

Der globale Klimawandel und die unsichere Ressourcenversorgung stellen aber nicht nur eine ernste Gefahr für Menschen in Armut und für die Weltwirtschaft insgesamt dar, sondern auch für Sicherheit und Frieden. Die Erfahrung zeigt, dass bewaffnete Konflikte häufig vor dem Hintergrund ressourcenbedingter Auseinandersetzungen stattfinden. In Zukunft werden jedoch nicht mehr nur mineralische oder energetische Rohstoffe im Zentrum von krisenhaften Konfrontationen stehen, sondern es wird zunehmend die sich weltweit verschärfende Wasserknappheit sein. Durch Trockenheit und extensive Nutzung der Böden breiten sich Wüstengebiete weiter aus. Dies führt zu einer Verschlechterung der Lebensbedingungen und kann eine Zunahme von Spannungen und massenhafter innerstaatlicher und zwischenstaatlicher Migration mit sich bringen.

Fragen um die Vermeidung einer weiteren Klimaerwärmung, der Verfügbarkeit von Energieressourcen und mineralischen Rohstoffen sowie der Vorbeugung von Verteilungskonflikten sind eminent politische Fragen. Aufgabe der KAS muss es sein, einen Beitrag zur Bewusstseinsbildung bei den verantwortlichen Eliten aller Staaten zu leisten, sie mit deutschen Fachexperten zusammenzubringen und sich auf diese Weise an der internationalen Debatte zu beteiligen. Dabei sind internationale Netzwerkbildung und der politische Dialog unsere wichtigsten Instrumente.

Einen Ausweg aus der drohenden Erderwärmung eröffnet der forcierte Einsatz von erneuerbaren Energien und Maßnahmen zur Energieeffizienz. Beides trägt dazu bei, den Herausforderungen des Klimawandels zu begegnen, den wirtschaftlichen Aufholprozess der Schwellen- und Entwicklungsländer nicht zu behindern, und die Wirtschaft in den entwickelten Ländern sicher mit Energie und Rohstoffen zu versorgen. Wir wirken daran mit, dass bei der Umsetzung neuer Lösungsansätze Unternehmen und Staaten weltweit kooperieren, um so unsere Klima bezogenen und energiepolitischen Verwundbarkeiten global zu verringern. Es ist Aufgabe der öffentlichen Hand, durch Anreizsysteme und entsprechende rechtliche Bestimmungen den Einsatz von erneuerbaren Energien und

Maßnahmen zur Energieeffizienz zu unterstützen. Hier kann es Aufgabe der KAS sein, die Eliten vor Ort zu sensibilisieren und durch Rechtsberatung günstige Rahmenbedingungen für Investitionen zu schaffen.

Neben den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität bildet die Bewahrung der Schöpfung eines der obersten Ziele, denen die internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung aus christlicher Verantwortung heraus verpflichtet ist. Hieraus resultiert unter anderem auch ein erweiterter Sicherheitsbegriff, der politische, wirtschaftliche, soziale und ökologische Stabilität mit umfasst. Für den Bereich Ressourcenversorgung und Umweltschutz bedeutet dies, dass die KAS sich für die Herstellung nachhaltiger Lebensbedingungen, für eine gerechte Versorgung mit Energie und einen fairen Umgang mit knappen Ressourcen insbesondere gegenüber den vom Klimawandel besonders hart betroffenen Menschen einsetzt.

INTERNATIONALER WERTE- UND RELIGIONS-DIALOG

Dialogprogramme zu politischen Grundwerten bilden in der KAS von Anfang an ein Kernelement der internationalen Zusammenarbeit. Zwar waren diese Dialogmaßnahmen in der Regel eng mit interreligiösen oder interkulturellen Fragestellungen verknüpft, doch ist der Wertedialog nicht ausschließlich im interreligiösen Bereich anzusiedeln. Auch in außen-, sozial- und wirtschaftspolitischen Foren geht es nicht immer nur um spezifische Werte, sondern auch um Grundwerte, also um solche, die nicht von bestimmten Interessen oder Zielen abhängen, sondern die ihrerseits andere Werte begründen und generieren. Jede Diskussion über die vorpolitischen, normativen Grundlagen des freiheitlichen Staates kreist genuin und elementar um Grundwerte, auch wenn sie sich in einem völlig säkularen Kontext vollzieht.

Unter den Bedingungen der Globalisierung ist ein Dialog über diese Werte allein schon deshalb unverzichtbar, weil es keinen universalen Konsens über die Hierarchie von Werten gibt. Zu den Grundwerten, an deren inhaltlicher Klärung und thematischen Gestaltung wir mitwirken wollen und die deshalb immer wieder Gegenstand von Dialogmaßnahmen sein sollten, gehören vor allem:

- Freiheit und Gerechtigkeit,
- Menschenwürde und Menschenrechte,
- Solidarität und Subsidiarität,
- Friede und Bewahrung der Schöpfung,
- Toleranz, Säkularität und Pluralismus.



Patriarch Alexej II. empfängt den Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung, Prof. Dr. Bernhard Vogel, Moskau im Mai 2007.

Für die KAS sind diese Grundwerte unverzichtbar mit dem freiheitlichen, demokratischen Rechtsstaat verknüpft und in seine konstitutionelle Grundordnung eingebunden. Zwar verlangen diese Grundwerte bereits aus sich heraus nach einem solchen Rechtsstaat und führen zu ihm hin, aber sie setzen ihn nicht bereits voraus. Einerseits bedürfen sie des Schutzes durch den Staat; andererseits stehen sie auch über dem Staat, der auf sie angewiesen bleibt, um immer wiederkehrende Interessengegensätze auszugleichen. Da wir an der Ausgestaltung dieses Spannungsverhältnisses mitwirken wollen, kann und muss ein Dialog über diese Grundwerte insbesondere auch mit weltanschaulich anders orientierten und selbst mit autoritär verfassten Systemen geführt werden.

Die Notwendigkeit eines fortgesetzten Wertedialogs ergibt sich ferner daraus, dass das Verständnis und die Ausprägung der oben genannten Grundwerte nicht als universal und schon gar nicht als weltweit uniform angesehen werden kann. Unsere Grundhaltung, mit der wir diesen Dialog betreiben, ist deshalb nicht nur vom Respekt gegenüber anderen Kulturen geprägt, sondern auch vom Bewusstsein von der Notwendigkeit einer Pluralität der Ansätze sowie von dem Ziel, Interessengegensätze auszugleichen und Konflikte vorzubeugen. Da auch der rationale Säkularismus keine Universalität beanspruchen kann, sollte er in gleicher Weise in den Grundwertedialog mit einbezogen werden.

Unter den Bedingungen der Globalisierung sind heute auch sämtliche Wertefragen global und miteinander verknüpft. Ein Dialog hierüber ist selber Teil der Globalisierung. Er muss deshalb umfassend sein und sämtlichen Politikbereichen offen gegenüber treten. Sein Ziel darf keine Einheitskultur sein und auch kein „Weltethos“, sondern die respektvolle Auseinanderset-

zung mit positiven Elementen in unterschiedlichen Kulturkreisen, ohne diese den eigenen Vorgaben unterzuordnen. Dabei ist nicht entscheidend, ob die jeweiligen Grundwerte bereits konstitutionell oder „nur“ kulturell verankert sind. Der Dialog muss als ein fortgesetzter weltweiter Prozess verstanden werden, in dem auch wir immer wieder gezwungen sind, unser Verständnis von Grundwerten erneut und zeitgemäß zu artikulieren.

Ebenso wie Werteorientierung und Wertevermittlung gewinnt auch der Wertedialog durch den Rekurs auf Religionen. Die Globalisierung und die damit einhergehende Modernisierung haben auch in den Weltreligionen zu teilweise radikalen Transformationen geführt. Die Auseinandersetzung über Grundwerte und der Dialog zwischen Religionen und Kulturen gehören deshalb zusammen: Sei es, dass Werte aus dem Verständnis unterschiedlicher Religionen heraus beleuchtet werden; sei es, dass der interreligiöse Dialog diese Werte selber zum Gegenstand hat. Daher widersprechen beide sich nicht, sondern müssen sich ergänzen.

Für eine politische Stiftung kann der interreligiöse Dialog nicht primär auf Transzendenzenerfahrungen gerichtet sein. Vielmehr geht es darum, dass Religionen eine weitreichende politische Orientierungsfunktion zukommt. Sie bestimmen nicht nur unsere Weltbilder, sondern auch unsere alltäglichen Rechts- und Ordnungsvorstellungen. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ist ausschlaggebend vom christlichen Menschenbild geprägt, vom christlichen Verständnis der Menschenwürde und vom Geist des Subsidiaritätsgedankens. Dies ist in anderen christlich geprägten Staaten ähnlich, gilt aber analog auch für religiös völlig unterschiedlich geprägte Kulturkreise. Obwohl die Zahl dieser Kulturkreise letztlich sehr begrenzt ist, sind die Dialogmöglichkeiten (und -notwendigkeiten) immens. Hierbei gilt es unbedingt im Auge zu behalten, dass keiner dieser Kulturräume im Zeitalter der Globalisierung noch einheitlich geprägt ist. Vielmehr sind alle kulturellen „Räume“, die wir weltweit unterscheiden können, durch tiefgreifende Spannungen und immanente Bruchlinien geprägt. Dies gilt nicht nur für den christlich geprägten „Westen“, sondern für die islamisch geprägte und ostasiatische Welt ebenso. Der südasiatische Kulturraum darf als ein Inbegriff von Pluralismus verstanden werden, ohne dass dieser Pluralismus bisher zum Motor fortschreitender Säkularisierung oder einer Privatisierung des Religiösen geworden wäre.

Unter den Bedingungen der Globalisierung gibt es heute keine territorialen religiösen Monopole mehr. Auch Europa war nie nur christlich, und ist es heute vielleicht weniger als je zuvor seit der Christianisierung. Sowohl der Blick auf Europa als auch auf Südasien oder Teile Afrikas zeigt jedoch, dass Pluralismus den Glauben

nicht schwächen muss, sondern ihn sogar stärken kann. Überall auf der Welt stehen das Verständnis von Grundwerten sowie deren religiöse Ausformulierung im Kontext menschlicher Erfahrungen. Der Dialog hierüber kann nicht nur Klarheit über Unterschiede vermitteln, sondern auch über mögliche Gemeinsamkeiten. Wie kaum ein anderer Grundwert ist zum Beispiel die Idee einer universalen Menschenwürde geeignet, eine weltweit verbindliche Werteorientierung für die Formulierung der Menschenrechte zu ermöglichen, ohne dass diese als der privilegierte Anspruch einer einzelnen Religion gelten kann.

Die Bedeutung des interreligiösen Dialogs liegt für die KAS sowohl von der Zielrichtung als auch von der jeweiligen Weiterentwicklung her auf vier unterschiedlichen Ebenen, die zu unterschiedlichen Zeiten mit unterschiedlicher Intensität im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit weiterentwickelt worden sind:

- **Der innerchristliche Dialog:** Hierzu gehört zum einen das ökumenische Gespräch über gesellschaftspolitische Themen, das nicht nur zwischen der katholischen und protestantischen Kirche, sondern auch mit den evangelikalen Gruppen geführt wird, die in allen Kontinenten der Welt starken Zulauf finden. Zum anderen hat der Dialog mit der orthodoxen Kirche und den orthodox geprägten Gesellschaften in Ost- und Südosteuropa in den vergangenen Jahren sehr stark an Bedeutung gewonnen. Die Förderung der Soziallehre der orthodoxen Kirche soll langfristig die Programmdebatten der politischen Parteien in Ost- und Südosteuropa befruchten und stärken.

- **Der christlich-jüdische Dialog,** der seit Jahrzehnten sowohl in Israel als auch in Deutschland, Europa und den USA zu den Kernaufgaben der KAS gehört, wird auch in Zukunft eine herausgehobene Stellung behalten. Hierbei verschränken sich der politische Auftrag (Aussöhnung, Verständigung sowie das Eintreten für das Existenzrecht Israels) und der interreligiöse Dialog (der Johannes Paul II. einmal veranlasste, von den Juden als den „älteren Brüdern im Glauben“ zu reden) in einmaliger Weise. Dieser Dialog wird auch in der Zukunft eine Querschnittsaufgabe der gesamten internationalen Zusammenarbeit darstellen.

- **Der Dialog mit der muslimischen Welt,** der seit den Terroranschlägen des 11. September 2001 stark an Bedeutung und Umfang gewonnen hat. Er berührt in erster Linie politische Sachthemen sowie die Auseinandersetzung über Grundwerte. Rein theologische Themen überlassen wir generell Theologen, da diese Themen leicht fundamentalistischen Kräften entgegenkommen. Auch hierin spiegelt sich das Profil einer politischen Stiftung, der es nicht um den theologischen



Der afghanische Senatspräsident und Vorsitzende der afghanischen Friedenskommission, Dr. Sebghatullah, verliest eine Resolution gegen Selbstmordattentate, die die KAS gemeinsam mit religiösen Würdenträgern aus Afghanistan und Pakistan erarbeitet hat, Kabul im Mai 2007.

Disput geht, sondern um die Auseinandersetzung mit moderaten Kräften, die sich innerhalb der islamisch geprägten Staaten als Partner für neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit anbieten. Speziell der Dialog mit Muslimen bedarf in der heutigen Zeit der Einschränkung, dass das Gespräch mit radikalen Kräften, die Gewalt als Mittel der Politik nicht ablehnen, das Existenzrecht Israels nicht anerkennen, einen theokratischen Staat als das Ziel ihrer Politik ansehen sowie inhumane und menschenrechtswidrige Elemente der Sharia akzeptieren, für uns nicht in Frage kommt.

- **Der Dialog mit den süd-, südost- und ostasiatischen Religionen,** der überwiegend noch in den Anfängen steckt und sowohl von der Zielsetzung als auch von den Möglichkeiten der Umsetzung her erst seit kurzem die nötige Beachtung findet. Eine Herausforderung für die Zukunft des interreligiösen Dialogs wird darin liegen, den Einfluss zu beschreiben, den diese Religionen auf die internationale politische Wertediskussion haben werden, und Ansätze zu entwickeln, diesem Einfluss zu begegnen.

Die Weiterentwicklung unseres Werte- und Religionsdialogs wird entscheidend davon abhängen, inwieweit es uns gelingt, die damit verbundenen politischen Ziele im Auge zu behalten. Unser Interesse, das Ethos von Demokratie und Menschenrechten zu vermitteln, darf nicht am vermeintlichen „Zusammenprall der Kulturen“, sondern muss am Dialog orientiert sein. Das Freiheitsverständnis des Christentums, dem wir uns verpflichtet wissen, zielt auf die Anerkennung jedes Menschen, dem wir in seinem Menschsein gleichen Respekt entgegenbringen. Wenn wir darauf verzichten, uns in die Wahrheitsansprüche, die jeder Religion zustehen, einzumischen, und statt dessen nach Lösungen für gemeinsame konkrete Probleme suchen, sind faire Dialoge auf gleicher Augenhöhe möglich. Religionen schließen sich keineswegs notwendig gegenseitig aus, auch wenn es in der Praxis des Dialogs zuweilen schwierig sein mag, hierfür gegenseitige Anerkennung zu finden. Wir sollten jedoch die gleiche Wertschätzung, die wir dem Pluralismus entgegenbringen, auch anderen Religionen zugestehen.

PERSPEKTIVEN EINER „GLOBALEN ORDNUNGSPOLITIK“

IM RAHMEN DER INTERNATIONALEN ZUSAMMENARBEIT DER KAS

Es gehört zu den Hauptkennzeichen der Globalisierung, dass unsere Welt auf der einen Seite zwar immer rascher zusammenwächst, auf der anderen Seite jedoch gleichzeitig die globale Fragmentierung zunimmt. Die erste Entwicklung betrifft sehr viele Bereiche, vor allem die Kommunikationsmöglichkeiten und die Medien, die Wirtschaft und damit auch die Probleme der Armut und der Migration, den Umweltschutz sowie die vielfältigen Formen regionaler Identität. Aber auch die zweite Entwicklung ist weit verbreitet: im Zerfall tradierter Ordnungssysteme, im gewaltsamen Protest von nationalen Minderheiten und in der Durchsetzung von Partikularinteressen auf allen politischen Ebenen.

Bei nahezu allen Projekten der internationalen Zusammenarbeit muss der Beobachtung dieser globalen Rahmenbedingungen große Beachtung geschenkt werden, da nur so ein nachhaltiger und erfolgreicher Entwicklungsschub in einzelnen Regionen erreicht werden kann. Staatliches Handeln bedarf in den meisten Ländern einer stärkeren Orientierung an den globalen entwicklungspolitischen Zusammenhängen. Unsere Kernaufgaben sind dabei die Stärkung des Rechtsstaates und die Unterstützung solcher Gruppierungen, die auf globaler Ebene zur Beachtung der Menschen- und Bürgerrechte beitragen.

Eine weltweite Unterstützung der Demokratie auf allen Ebenen des Staates und der Gesellschaft fördert die Partizipation der Menschen am politischen Prozess und an den Ergebnissen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Zur allgemeinen Demokratieförderung gehört auch die Förderung von demokratischen Parteien, durch die demokratische Parteistrukturen gebildet und gestärkt werden sollen. Das Ziel der Parteienförderung besteht darin, in unseren Partnerländern einen Beitrag zur Entwicklung oder gar zur Konsolidierung der Demokratie als politischen

Ordnungsmodells zu leisten. Dies ist wiederum die Voraussetzung für Frieden, Sicherheit, Entwicklung und Einhaltung grundlegender Menschenrechte.

Für keines der beschriebenen Probleme reichen rein nationale Lösungsmodelle aus. Entwicklungszusammenarbeit muss mehr denn je im Zusammenhang globaler Perspektiven verstanden werden. Deshalb ist es von wachsender Bedeutung, tradierte Partnerbeziehungen in der internationalen Zusammenarbeit regelmäßig gemeinsam und in einer Auseinandersetzung auf gleicher Augenhöhe auf den Prüfstand zu stellen und die Perspektiven für neue Kooperationsmöglichkeiten – insbesondere auf der Ebene der Zivilgesellschaft – immer wieder von Neuem abzuwägen.

Wir betrachten die fortbestehenden Armutsprobleme und den damit verbundenen Verlust an Lebensmöglichkeiten für bestimmte (gegebenenfalls unterschiedliche) Bevölkerungsgruppen in allen Ländern nicht als ein Argument gegen Globalisierung, sondern als einen Hinweis auf Versäumnisse und als eine Verpflichtung, die sozialen, politischen und ökonomischen Vorkehrungen zu verbessern.

Im Zusammenhang mit den Folgen der Globalisierung werden Dialogprogramme noch weiter an Bedeutung gewinnen. Diese zu initiieren, zu koordinieren und auszuwerten, ist Aufgabe des Projekts „Globale Ordnungspolitik“. Während der Bedarf an Wissen und Informationen über die Partnerländer kontinuierlich wächst, müssen immer mehr Entscheidungen unter Zeitdruck getroffen werden. Wichtiger als die Detailkenntnisse bestimmter Probleme ist dabei häufig das Wissen um die Perspektiven und Bewertungen des Anderen. Die entwickelten Gesprächskontakte müssen gepflegt und nach Möglichkeit miteinander vernetzt werden. Um unsere Voraussetzungen in diesem Zusammenhang zu verbessern, können wir uns nicht in



jedem Fall unsere Partner aussuchen. Wir müssen vielmehr die Bereitschaft erhöhen, mit Repräsentanten aller Gruppen zu reden, die in den Partnerländern Einfluss haben und Verantwortung tragen, auch wenn wir diese dadurch nicht automatisch als Partner für unsere Projekte akzeptieren. Ganz besonderes Gewicht kommt hierbei den jeweiligen Eliten zu, die in ihrem Verantwortungsbewusstsein gestärkt und in die Suche nach gemeinsamen Lösungswegen eingebunden werden müssen.

Während die langfristigen Ziele unserer Arbeit durch die Grundwerte bezeichnet werden, denen wir uns verpflichtet wissen, können die aktuellen Schwerpunkte und damit die kontinuierliche Weiterentwicklung unserer Maßnahmen von Jahr zu Jahr neu bestimmt werden. Aus den Foren, die wir anbieten, ergeben sich neue Möglichkeiten der Kooperation, der Vermittlung und des Bauens von politischen Brücken. Diese Freiheit in der Auswahl von Gesprächs- und Kontaktpartnern ist dabei der besondere Vorteil der KAS als politischer Stiftung.

IMPRESSUM

Herausgeber

Konrad-Adenauer-Stiftung
Internationale Zusammenarbeit
Klingelhöferstraße 23
10907 Berlin

Verantwortlich

Dr. Gerhard Wahlers

Textentwurf

Dr. Helmut Reifeld in Zusammenarbeit
mit Catrin Czyganowski, Nino Galetti,
Dr. Karsten Grabow, Andrea Kolb,
Katja Plate und Susanna Vogt

Gestaltung

SWITSCH KommunikationsDesign, Köln

Fotos

KAS, corbis, dpa Picture-Alliance

© 2007 Konrad-Adenauer-Stiftung